

Das Politische System Deutschlands

Einführungsvorlesung BM3
Donnerstag 8:15 – 9:45, LSE

Kursplan (1)

1. Einführung in die Thematik

- (1) Einführung
- (2) Verfassungssystem

2. Politische Kerninstitutionen

- (3) Exekutive: Bundesregierung // Bundespräsident
- (4) Legislative: Bundestag und Bundesrat
- (5) Föderalismus: Länder und Kommunen
- (6) Verwaltung und Bundesverfassungsgericht

Kursplan (2)

3. Politische Akteure und Prozesse

- (7) Wahlsystem, Wahlverhalten und Politische Kultur
- (8) Parteiensystem und innerparteiliche Demokratie
- (9) Interessengruppen, Eliten und Medien

4. Verschiebungen und Veränderungen

- (10) Grundgesetzänderungen, Staatsfinanzen, Europäisierung

5. Prüfungen

- (11) Modulabschlussklausur BM3

Literatur für heute

- *Wolfgang Rudzio: Kapitel 3, 14 und 15, 49-84 und 411-464*
- *Inside Britain's Secretive Bullingdon Club, Spiegel Online, 15.10.2015*

Lernziele der Sitzung

- Kenntnis der Regeln zur Interessengruppenbeteiligung in Deutschland
- Kenntnis der Grundcharakteristika von deutschen Eliten
- Kenntnis des deutschen Mediensystems

Gliederung

- Interessengruppen in Deutschland
- Politische Eliten in Deutschland
- Medien in Deutschland

Rolle von Verbänden

- Artikulation und Bündelung von Interessen, die aber stärker partikularistisch sind und im Gegensatz zu Parteien keinen umfassenden Anspruch haben
- Intermediäre Institutionen im politischen System
- Kommt es zu einer Herrschaft der Verbände?

Theorien zur Rolle der Verbände bei der Einflussnahme

Pluralismus

- Innerhalb einer Gesellschaft, eines Staates vorhanden
- Vielfalt gleichberechtigt nebeneinander bestehender und miteinander um Einfluss, Macht konkurrierender Gruppen, Organisationen, Institutionen
- Keine staatliche Intervention
- Bentley 1908, Truman 1951

Korporatismus

- System der Interessenvermittlung zwischen Staat und Interessengruppen
- Begrenzte Zahl an Verbänden und Zwangsmitgliedschaft
- Interessenvermittlung ist durch Aushandlungsprozesse geprägt
- Staat delegiert Aufgaben an einzelne Interessengruppen
- Entscheidungsprozesse sind außerparlamentarisch institutionalisiert
- Schmitter 1974

Logik des kollektiven Handelns und Probleme diffuser Interessen

- Nach Mancur Olsons Logik des kollektiven Handelns (1965)
 - Konzentrierte Interesse unterscheiden sich von diffusen Interessen in der Organisationsfähigkeit
 - Kleine Gruppen können sich leichter organisieren als größere Gruppen
 - Exklusive Interessen sind leichter organisierbar als kollektive Interessen
 - CBDC (Concentrated Benefits – Deconcentrated Costs)
- Vergleich GdL (Gewerkschaft der Lokführer) / VDA (Verband der Automobilindustrie) mit Pro Bahn / BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz)

Formen von Vereinen und Verbänden und ihre Mitglieder

- Vereine
 - 545.000 rechtsfähige Vereine
 - 60% der West- und 53% der Ostbevölkerung sind Mitglied in einem Verein
 - 25% Sportvereine
 - 50.000 Bürgerinitiativen
- Kirchen
 - 25,6 Millionen evangelisch
 - 26 Millionen katholisch
 - 3 Millionen muslimisch
 - 2 Millionen sonstige Kirchenmitglieder

Formen und Mitglieder der Interessenverbände

- Interessenverbände sind frei gebildet und dienen dem Zwecke der Vertretung der darin organisierten Interessen nach Außen
- Interessenverbände
 - Ca. 5.000 Verbände auf Bundesebene, rund 20.000 auf Landesebene
 - 2.163 auf der Lobbyliste des Bundestages registrierte Verbände (2010)

Formen und Mitglieder der Interessenverbände

- (1) Interessenorganisation im Arbeits- und Wirtschaftsbereich
 - Arbeitgeberverbände
 - Arbeitnehmerverbände
 - Verbraucher-Kundenverbände
 - Berufsverbände
- (2) Verbände im Sozialen Bereich
 - Kriegsfolgeverbände
 - Wohlfahrtsverbände
 - Sonstige Sozialverbände
- (3) Bürgerinitiativen
- (4) Vereinigungen im Freizeitbereich
- (5) Politische und ideelle Vereinigungen
- (6) Verbände öffentlicher Gebietskörperschaften

Arbeitgeber und Arbeitnehmer (1)

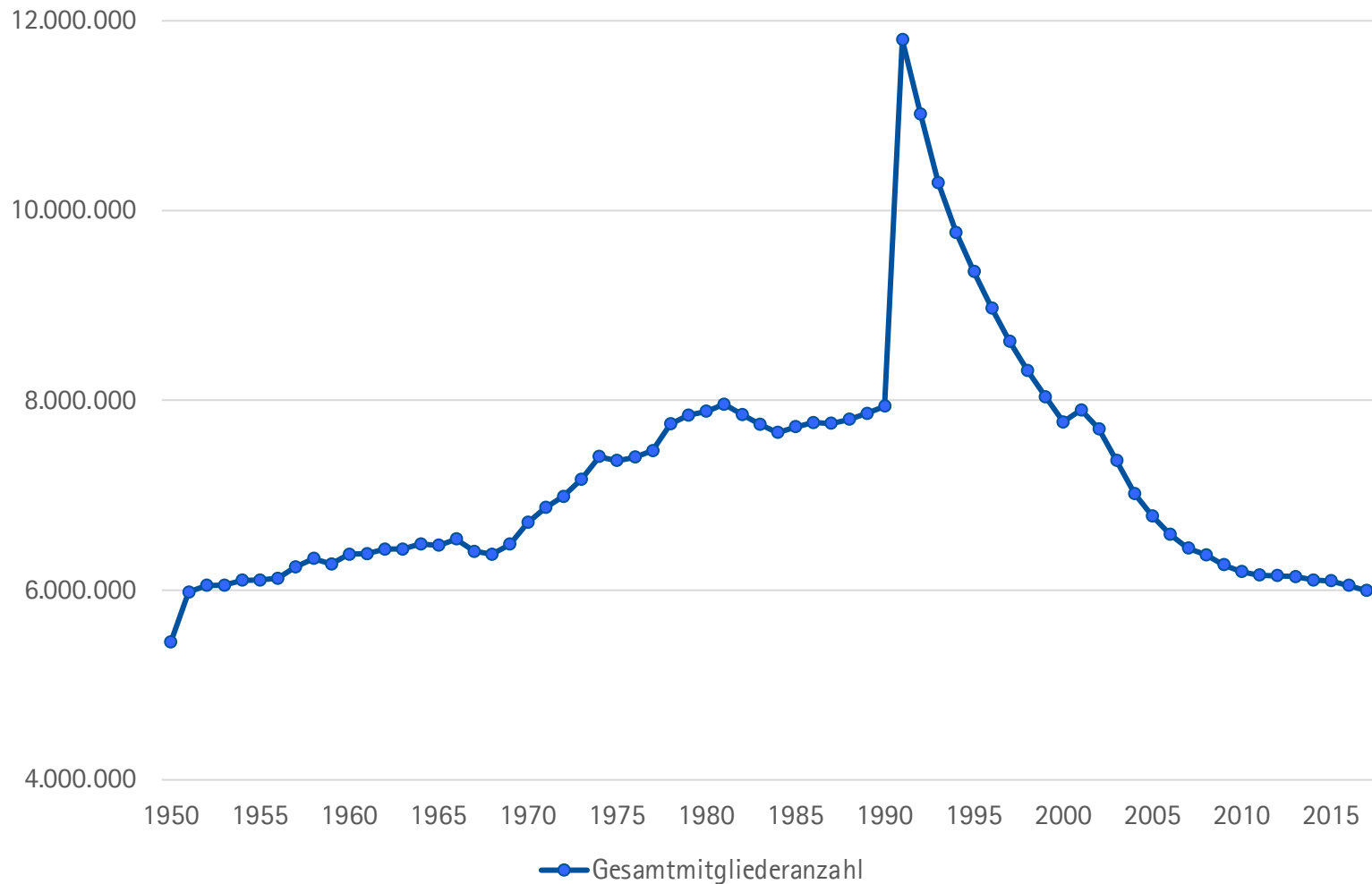
- Arbeitgeberverbände
 - BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) vertritt Arbeitgeber in sozialpolitischer Hinsicht
 - BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) vertritt 90% der Arbeitgeber der Industrie
 - DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag) vertritt v.a. gewerbliche Wirtschaft, ist aber halbstaatlich (Zwangsmitgliedschaft)
- Sonstige Branchenverbände (z.B. Deutscher Bauernverband, Bundesverband der deutschen Banken)

Arbeitgeber und Arbeitnehmer (2)

- Arbeitnehmer
 - 8,6 Millionen Mitglieder (28% der abhängig Beschäftigten)
 - Organisationsgrad sinkt (1991: 40%, 2004: 28%)
- Gewerkschaften
 - DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) bestehend aus 8 Einzelgewerkschaften.
 - Der DGB hat 6,2 Millionen (indirekte) Mitglieder
 - Größte Einzelgewerkschaft: IG Metall mit 2,3 Millionen Mitgliedern
 - Sonstige Gewerkschaften (nicht unter DGB Dach)
 - DBB (Beamtenbund und Tarifunion) mit 1,3 Millionen Mitgliedern
 - CGB (Christlicher Gewerkschaftsbund) mit 280.000 Mitgliedern

Gewerkschaftsmitglieder Entwicklung am Beispiel DGB

Gewerkschaftsmitglieder des DGB



Veränderungen beim Einfluss von Kirchen und Bauern

- Kirchen
 - Säkularisierung und Wertewandel führt zu Mitgliederverlust
 - Kirchengangshäufigkeit und kirchliche Trauungen nehmen ab (nicht aber die kirchlichen Beerdigungen!)
 - CDU affiner zur katholischen Kirche, SPD zur evangelischen Kirche
 - Finanzierung durch Kirchensteuer (z.Zt. 8-9%)
- Deutscher Bauernverband (DB)
 - Vertritt rund 850.000 Beschäftigte
 - Aber rasanter Strukturwandel durch schrumpfen des ersten Sektors
 - Einflussverlust durch Stärkung Verbraucherschutz

Verbandsbeteiligung

- Lobbying im vorparlamentarischen Prozess
- Formale Anhörung durch Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien
- Zugang zu Parlamentariern und Parteien während des Gesetzgebungsprozesses
- Mitgliedschaft von Parlamentariern in Verbänden

Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGOBM)

- § 22 Kabinettdorlagen
- (1) Die Beschlüsse der Bundesregierung werden durch schriftliche Kabinettdorlagen vorbereitet. Sie enthalten unbeschadet des § 51 im Anschreiben:
 - [...]
 - das Ergebnis einer Verbandsbeteiligung, insbesondere die Darstellung wesentlicher Anregungen, denen nicht entsprochen werden soll;

Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGOBM)

- § 47 Beteiligung von Ländern, kommunalen Spitzenverbänden, Fachkreisen und Verbänden
- [...]
(3) Für eine rechtzeitige Beteiligung von Zentral- und Gesamtverbänden sowie von Fachkreisen, die auf Bundesebene bestehen, gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend. Zeitpunkt, Umfang und Auswahl bleiben, soweit keine Sondervorschriften bestehen, dem Ermessen des federführenden Bundesministeriums überlassen.

Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGOBM)

- **§ 44 Gesetzesfolgen**
- [...] Das für den Gesetzentwurf fachlich zuständige Bundesministerium hat dazu Angaben der beteiligten Fachkreise und Verbände, insbesondere der mittelständischen Wirtschaft und der Verbraucher, einzuholen. Die Bundesministerien für Wirtschaft und Technologie sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sind frühzeitig zu beteiligen.

Im parlamentarischen Prozess (1)

- Indirekter Einfluss über Verbandsmitgliedschaft von Abgeordneten (lt. Bundestagshandbuch 17. WP)
- Beispiel Gewerkschaften
 - 29,6% der Abgeordneten Gewerkschaftsmitglied, davon 89,7% unter dem DGB Dach
 - In der CDU: 9,6%
 - In der SPD: 76,7%
 - In der FDP: 1,1%
 - Bei B90/Grüne: 11,8%
 - In der Linkspartei: 52,6%

Im parlamentarischen Prozess (2)

Tabelle 2 Verbandsfärbung des 18. Deutschen Bundestages (Wahl 2013)
In Prozent der Mitglieder des Bundestages bzw. der jeweiligen Fraktion

Funktionsträger, auch ehemalige, In Verbänden:	Bundestag	CDU/CSU	SPD	B90/Grüne	Linke
DGB-Gewerkschaften ^{a)}	4,9	0,3	10,4	–	15,6
Bauernverband, Landwirteorgani- sationen	1,4	2,9	–	–	–
Mittelstandsorganisationen	0,3	0,6	–	–	–
Unternehmensorganisationen	1,4	2,9	–	–	–
Soziale Interessen und Hilfe ^{b)}	5,4	4,2	9,8	1,6	1,6
Evangelische Organisationen	3,5	3,5	4,1	3,2	1,6
Katholische Organisationen	3,0	4,8	2,1	–	–
Vertriebenenverbände	0,8	1,6	–	–	–
Umwelt-/Naturschutzorganisationen	1,6	0,6	1,0	4,8	4,7

^{a)} Einschließlich freigestellter Betriebsräte

^{b)} Einschließlich Wohlfahrts- u. Rentnerverbände, Mieterbund, Haus und Grund

Quelle: Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 18. Wahlperiode, Rheinbreitbach 2014 (Eigene Auszählung)

Im parlamentarischen Prozess (3)

- Anhörungen von Experten und Beteiligten in der Ausschussphase des Parlamentes

Anhörungen im Bundestag 2013–2017

Welche Institutionen waren am häufigsten in Ausschüssen zu Gast?

Von diesen 20 Verbänden und Universitäten wurden in der aktuellen Legislaturperiode am häufigsten Experten in Bundestagsausschussitzungen eingeladen



Quelle: Der Tagesspiegel 2017

Besondere Funktion: Verbände im korporatistischen System

- Tarifautonomie: Es werden Aufgaben durch den Staat fast vollständig an Verbände delegiert, z.B. in der Lohnpolitik
- System ist seit der Weimarer Republik weitgehend etabliert
- Mehrstufiger Prozess
 - Regelmäßige Verhandlungsphase (z.B. 2-jährig)
 - Ende der Friedenspflicht oder Schlichtung
 - Arbeitskampfphase
 - Erneute Verhandlungsphase...

Arbeitskampfvolumen und Streikhäufigkeit im internationalen Vergleich 2010/2014

Spanien	Arbeitskampfvolumen	61	<p>*Arbeitskampfvolumen: Durch Streiks und Aussperrungen verlorene Arbeitstage je 1.000 Arbeitnehmer;</p> <p>*Streikhäufigkeit: Anzahl an Streiks und Aussperrungen; jeweils Jahresdurchschnitte</p>
	Streikhäufigkeit	909	
Deutschland	Arbeitskampfvolumen	3	
	Streikhäufigkeit	535	
Dänemark	Arbeitskampfvolumen	100	
	Streikhäufigkeit	258	
Kanada	Arbeitskampfvolumen	83	
	Streikhäufigkeit	184	
Vereinigte Königreich	Arbeitskampfvolumen	26	
	Streikhäufigkeit	127	
Schweiz	Arbeitskampfvolumen	1	
	Streikhäufigkeit	8	
Österreich	Arbeitskampfvolumen	4	
	Streikhäufigkeit	1	

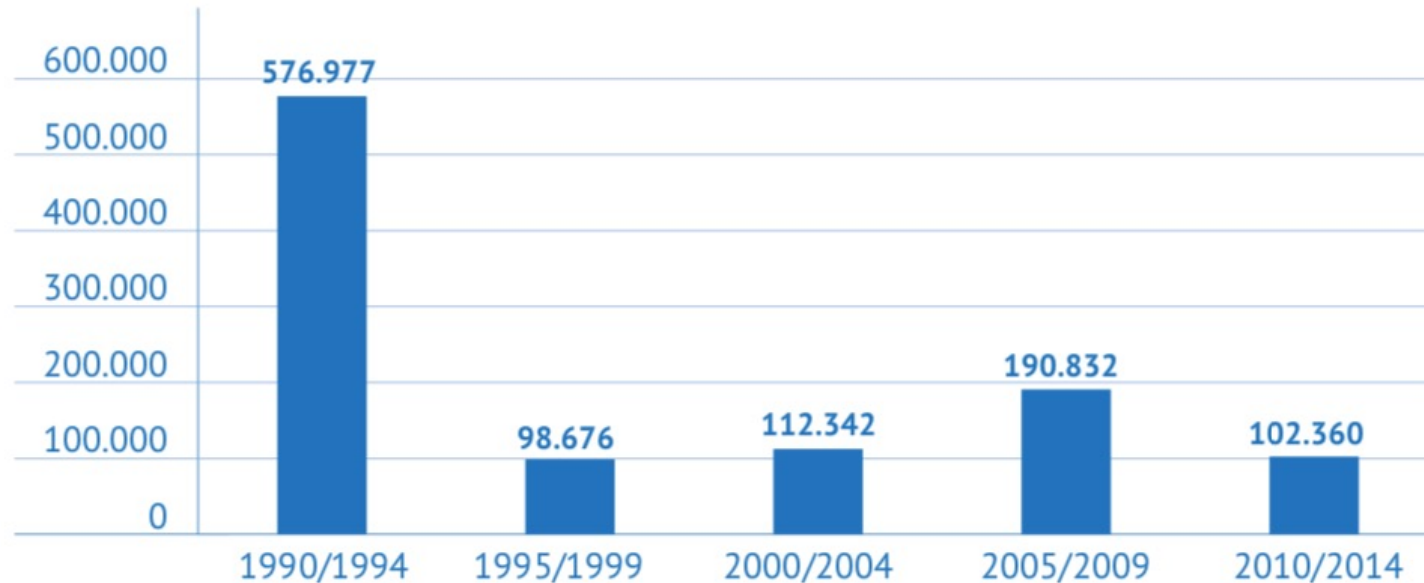
Lesch 2015: 10

Zeitstruktur der Streiks in Deutschland

Zeitstruktur der Arbeitskämpfe

Abbildung 2

Durch Streiks und Aussperrungen verlorene Arbeitstage in Deutschland;
Jahresdurchschnitte



1990–1992: nur Bundesgebiet West.

Quellen: BA; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

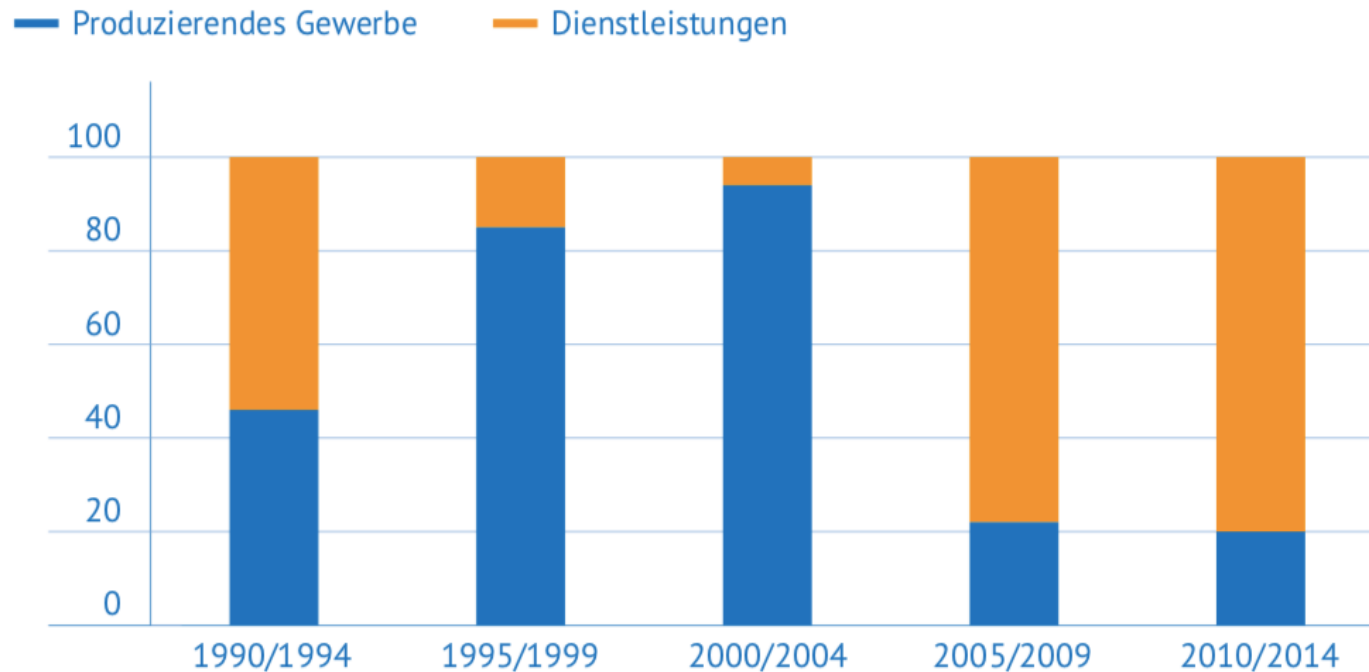
 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Sektorstruktur der Streiks in Deutschland

Sektorstruktur der Arbeitskämpfe

Abbildung 3

Durch Arbeitskämpfe verlorene Arbeitstage in Deutschland nach Sektoren;
jahresdurchschnittliche Anteile in Prozent



1990–1992: nur Bundesgebiet West.

Quellen: BA; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Herrschaft der Verbände? Möglichkeiten des Einflusses

- Gut organisiertes Verbändewesen und Erbhöfe einzelner Bundesministerien
- Im internationalen vergleich hohe Bedeutung durch Anhörungspflicht
- Starke Vertretung von Interessen im Bundestag durch Mitgliedschaft der BT-Abgeordneten (ca. 1/3 Gewerkschaftsmitglieder)
- Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien verlangt Berücksichtigung der Verbände
- Tarifautonomie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern (Korporatismus)

Herrschaft der Verbände? Grenzen des Einflusses

- Interessenverbände nur eine Gruppe im intermediären System unter anderen
- Varianz zwischen Verbänden mit und ohne Einfluss
- Einfluss der Verbände hängt von der „politischen Großwetterlage“ ab
- Politisches System der BRD ist zu komplex um durchdrungen zu werden
- Staat nutzt auch Interessenverbände für seine Zwecke (Auslagerung) und lenkt diese (Neo-Pluralismus/Neo-Korporatismus)
- Korporatismus ist auf Arbeit-Kapital-Beziehungen beschränkt (Tarifautonomie)

Gliederung

- Interessengruppen in Deutschland
- Politische Eliten in Deutschland
- Medien in Deutschland

Elitenforschung

- Elitenforschung fragt danach (1) wer die Entscheidungsträger in einer Demokratie sind und (2) wie gut sie die Wähler repräsentieren (bzw. ähnlich sie diesen sind) und (3) ob sie besondere Fertigkeiten aufweisen
- Zentrale Elitenstudien
 - Mannheimer Elitenstudien (1968, 1972, 1982)
 - Potsdamer Elitenstudie (1995)
 - Keine neuere politikwissenschaftliche Studie

Typen von Eliten

- Politische Eliten
 - Mitglieder der Bundes- und Landesregierungen
 - Leitende Mitglieder des Bundestages
 - Partei- und Fraktionsspitzen
 - Spitzen in der EU und den Kommunen
 - NICHT: alle BT- und LT-Abgeordneten
- Verwaltungs- und Justizelite
- Wirtschaftliche Eliten
- Kirchliche Eliten
- Militärische Eliten
- Wissenschaftliche Eliten
- Ca. 4000 Mitglieder in Deutschland (Bürklin 1995)

Zusammensetzung und Rekrutierung von Eliten (1)

- Kontinuität nach Systemumbrüchen
 - Nach Weimar bleiben die alten Eliten an der Macht
 - Nach 1945 werden die politischen Eliten getauscht, nicht aber die in Wirtschaft, Justiz und Verwaltung
 - (Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland)
 - Nach 1990 werden die alten ostdeutschen Eliten entmachtet
- Frauenanteil
 - Frauenanteil unter den politischen Eliten steigt (1981: 3%, 1995: 12%)

Zusammensetzung und Rekrutierung von Eliten (2)

- Soziale Herkunft
 - Insgesamt eher aus der finanziellen Mittel- und Oberschicht (Unterschicht mit $\frac{3}{4}$ Bevölkerungsanteil stellt nur $\frac{1}{3}$ Elitenanteil)
 - Aber: Soziale Differenzen zwischen Elite und Bevölkerung werden geringer
 - Aber: Starke Differenzen zwischen Sektoren
 - Durchschnitt insgesamt: Oberschicht 6,2% Bevölkerung -> 32,8% Elitenanteil
 - Gewerkschaften: Oberschicht 6,2% -> 8,8% Elitenanteil
 - Grüne : Oberschicht 6,2% -> 21,7% Elitenanteil
 - CDU: Oberschicht 6,2% -> 28,6% Elitenanteil
 - SPD: Oberschicht 6,2% -> 33,1% Elitenanteil
 - FDP: Oberschicht 6,2% -> 42,6% Elitenanteil
 - Insgesamt deutlich bessere Durchlässigkeit in der Politik als in der Wirtschaft
 - Bildungssystem reproduziert Ungleichheit

Zusammensetzung der Eliten detailliert

Tabelle 2 Soziale Herkunft der Eliten 2012
Nach beruflicher Stellung des Vaters, in Prozent der jeweiligen Elite

	Großbürger- tum	Bürgertum	Mittelschich- ten	Arbeiter- schaft	N
Wirtschaft	38,5	37,4	18,3	5,9	405
Wirtschaftverbände	33,3	50,0	16,7	0	14
Politik	5,5	37,3	35,5	21,8	134
darunter					
• Exekutive/Bund	7,3	48,8	31,7	12,2	
• Exekutive/Länder	2,8	38,9	33,3	25,0	
• Legislative/Bund u. Parteiführungen	5,6	22,2	41,7	30,6	
Verwaltung	17,5	44,7	31,1	6,8	163
Justiz	25,5	40,5	23,4	10,6	77
Militär	8,3	33,3	50,0	8,3	20
Medien	6,3	59,4	21,9	12,5	46
Wissenschaft	8,2	51,0	30,6	10,2	54
Gewerkschaften	0	0	23,5	76,5	17
Kirchen	0	25,0	25,0	50,0	15
Sonstige	6,3	37,5	43,8	12,5	25
Insgesamt	22,6	39,6	25,6	12,2	958

Großbürgertum = Unternehmer mit > 100 Beschäftigten, Vorstandsmitgl./Geschäftsführer von Unternehmen mit > 500 Beschäftigten, Beamte/Soldaten ab A 16, Chefärzte; Bürgertum = Unternehmer mit 10–99 Beschäftigten, leitende Angestellte, höhere Beamte u. Offiziere, akademisch ausgebildete Freiberufler; Mittelschichten = Beamte bis gehobene, Angestellte, kleine Selbständige, Bauern außer Großbauern; Arbeiter = ungelernte Arbeiter bis Meister.

Politische Elite (insges. 137 Positionen) = Mitgl. der Bundesregierung, parlamentarische Staatssekretäre im Bund, Bundes- u. Bundestagspräsident, Fraktions- u. Ausschussvorsitzende des Bundestages, Ministerpräsidenten u. Finanzminister der Länder, Innen- u. Justizminister der 5 größten Länder, Bundesvorsitzende u. Bundesgeschäftsführer der im Bundestag vertretenen Parteien.

Quelle: Michael Hartmann, Soziale Ungleichheit – Keine Thema für die Eliten? Frankfurt a. M. 2013, S. 48, 30 f., 65.

Quelle: Rudzio 2015: 482

Parteizugehörigkeit von Eliten

Tabelle 5 Parteimitgliedschaft der Eliten 1995
In Prozent der jeweiligen Teilelite

Teilelite	parteilos	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Grüne	n
Gewerkschaften	13	8	76	1	1	96
Verwaltung	30	33	30	7	1	473
Wirtschaftsverbände	60	35	2	4	0	173
Wirtschaft	73	12	12	2	0	249
Medien	76	10	11	2	0	282
Wissenschaft	80	9	10	1	1	165
Militär	87	8	3	2	0	135
Kultur	90	2	7	0	1	100

Quelle: Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf u. a., Eliten in Deutschland, Opladen 1997, S. 116 (Beitrag Kai-Uwe Schnapp).

Zusammensetzung und Rekrutierung von Eliten (3)

- Professionalisierung politischer Eliten
 - Zunahme der Professionalisierung der politischen Elite (Berufspolitiker)
 - Aber: Mit wenigen Ausnahmen altern politische Eliten schnell und befinden sich in einer instabilen, „prekären“ Situation

Werte und Gruppenzugehörigkeit der politischen Eliten (1)

- Wertorientierungen
 - Säkulare Wertvorstellungen der Eliten mit Ausnahme CDU-affine
 - 49% der Eliten sind postmaterialistisch, 28% gemischt postmaterialistisch-materialistisch
 - Eliten sind liberaler als angenommen (konträr zu Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, 1965)
- Parteinähe
 - Parteinähe und Parteimitgliedschaft nehmen zu
 - 51,4% der nicht-politischen Eliten sind Parteimitglied
 - Mit Ausnahme von Gewerkschaften sind Eliten eher konservativ und bevorzugen CDU und FDP vor SPD und Grünen und PDS

Werte und Gruppenzugehörigkeit der politischen Eliten (2)

- Ost-West-Differenzen
 - Ost-Eliten sind etatistischer, befürworten einen stärkeren Sozialstaat und partizipativ-demokratischer als West-Eliten
 - Aufgabe von staatlichen Leistungen wird von 44% Ost-Eliten aber 71% West-Eliten befürwortet
- Einstellungen zur Demokratie
 - Eliten sind insgesamt sehr pro-demokratisch eingestellt
 - Ost-Eliten haben eine stärker partizipative Vorstellung von Demokratie, West-Eliten eher eine repräsentative Vorstellung

Gliederung

- Interessengruppen in Deutschland
- Politische Eliten in Deutschland
- Medien in Deutschland

Medien im politischen System

- Medien sind Teil des intermediären Systems
- Sie vermitteln zwischen Bürgern und politischen Institutionen
- Medien haben folgende drei Aufgaben
 - Information über Geschehnisse und Meinungen
 - Artikulation von Meinungen der Bevölkerung
 - Kritik und Kontrolle

Meinungsfreiheit ist das relevante Grundrecht für freie Medien in Artikel 5 GG

- (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
- (2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

Daraus abgeleitet sind folgende Regeln für einen liberale Demokratie

- Keine Strafe für Meinungsäußerungen
- Verbot der Zensur
- Keine Einschränkung der Informationsfreiheit
- Freier Zugang zu publizistischen Berufen
- Behördliche Auskunftspflicht
- Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten

Zielsetzung: Pluralität von Meinungen

Herausforderungen bei der Aufgabenwahrnehmung

- Privatwirtschaftliche Medien unterliegen wirtschaftlichen Zwängen
- Öffentlich-rechtliche Medien tun dies nicht, jedoch besteht die Frage der inhaltlichen Ausrichtung
- Probleme bei Information, Artikulation und Kontrolle
 - Trend zur Vereinfachung und Personalisierung
 - Relevanz von Nachrichtenfaktoren (Relevanz für Leserschaft, Identifikation Leser)
 - Politiksetzende Funktion (Agendasetting) / Kampagnen
- Risiko der Verzerrten Darstellung als Ergebnis

Politische Position von Journalisten sind tendenziell links von der Mitte

Tabelle 3 Parteipräferenzen von Journalisten

	1979	1980	1991	1993	2005
k. A./Sonstige (In % aller Befragten)	15	18	k. A.	37,3	23 ^{a)}
In % der Parteianhänger:					
SPD	65	54	42,9	35,3	26
CDU/CSU	16	20	24,4	16,6	9
FDP	19	24	18,9	12,9	6
B90/GRÜNE	–	–	13,8	27,3	36
PDS	–	–	k. A.	6,3	1

^{a)} 20 keine, 3 % sonstige Partei

Quellen: 1980 IfD-Umfragen, 1979 der Rundfunk-Fernsehen-Film-Union, 1991 Untersuchung Donsbachs (n = 338), 1993 und 2005 Weischenbergs (n = 1 500 bzw. 1 536), in: FAZ, 8. 5. 1981; Wolfgang Donsbach, Journalismus versus journalism, in: Ders. u. a. (Hg.), Beziehungsspiele – Medien und Politik in Deutschland und in den USA, Gütersloh 1993, S. 283 ff., hier 306; Siegfried Weischenberg u. a., Merkmale und Einstellungen von Journalisten, in: MP 1994, S. 154 ff., hier 162; Ders. u. a., Die Souffleure der Mediengesellschaft, Konstanz 2006, S. 71.

Zeitungslandschaft in Deutschland

- Es lassen sich unterschiedliche Typen von Zeitungen unterscheiden
 - Überregionale Tageszeitungen, insbesondere FAZ, SZ, Welt, taz (Leitmedien!)
 - Regionale Tageszeitungen (z.B. HAZ)
 - Lokale Tageszeitungen (z.B. Weserkurier)
 - Boulevardblätter, insbesondere BILD, auch BZ, Kölner Express
 - Wochenzeitschriften, ZEIT, Spiegel, Focus
- Regionalzeitungen sind in der Regel Monopolblätter
- Politisch orientieren sie sich an den Leitmedien

Die Medienreichweite innerhalb der BRD

- Tageszeitungen: Auflagenanzahl 27,37 Millionen (337 Blätter)
 - Darunter fallen: Überregionale Zeitungen und Regionalzeitungen
- Wochenzeitungen: Auflagenanzahl 1,904 Millionen (26 Blätter)
- Publikums- und Verbandszeitschriften: Auflagenanzahl 862 für Publikums- und 1076 für Fachzeitschriften
- Es gibt Medien die überdurchschnittlich häufig von Journalisten für ihre Arbeit herangezogen werden, dazu gehören:
 - Der Spiegel (67% der Journalisten)
 - ARD-Tagesthemen bzw. -schau (62 bzw. 56%)
 - Süddeutsche Zeitung (47%)
 - ZDF-heute-journal bzw. heute (44&t bzw. 38%)
 - Der Stern (37%)
 - Frankfurter Allgemeine Zeitung (36%)
 - Die Zeit (34%)
 - FOCUS (29%)
 - tageszeitung (24%)

Rudzio 2006: 388-390

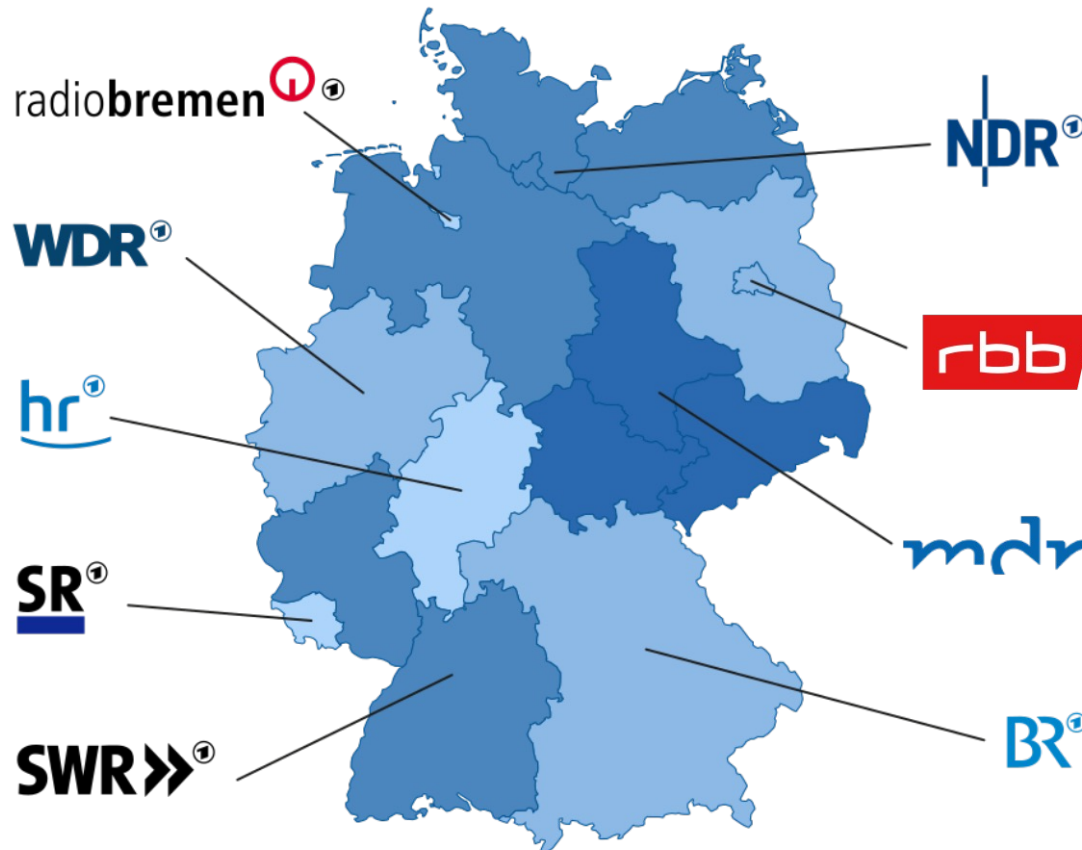
Fernseh- und Rundfunklandschaft

- Rundfunk und Fernsehlandschaft sind aufgeteilt in einen privaten und öffentlich-rechtlichen Bereich
- Öffentlich-rechtlicher Bereich
 - ARD als föderaler Sender seit 1950
 - ZDF seit 1963. Ursprünglich als „Bundesfernsehen“ geplant, nach Urteil Bundesverfassungsgericht jedoch durch Länder getragen
- Privater Bereich seit 1984
 - basierend auf Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 1981 (3. Rundfunkurteil)
 - Wesentliche Sendergruppen: ProSieben/Sat1/Kabel1 (Streubesitz); RTL (WAZ, Bertelsmann, CLT); N24/Welt (Springer)

Öffentlich-rechtliche Medien: Sicherstellung von Pluralität am Beispiel ARD

- ARD: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
- Föderale Struktur aus 9 Landesrundfunkanstalten
- SWR, MDR, NDR, Radio Bremen, BR, SR, HR, RBB, WDR plus Deutsche Welle
- Interne Struktur: Mitgliederversammlung aus den Landesrundfunkanstalten, Leitung durch Intendant im jährlichen Wechsel
- Die Landesrundfunkanstalten haben einen Rundfunkrat zur Sicherstellung gesellschaftlicher Pluralität. Leitung erfolgt durch Intendant

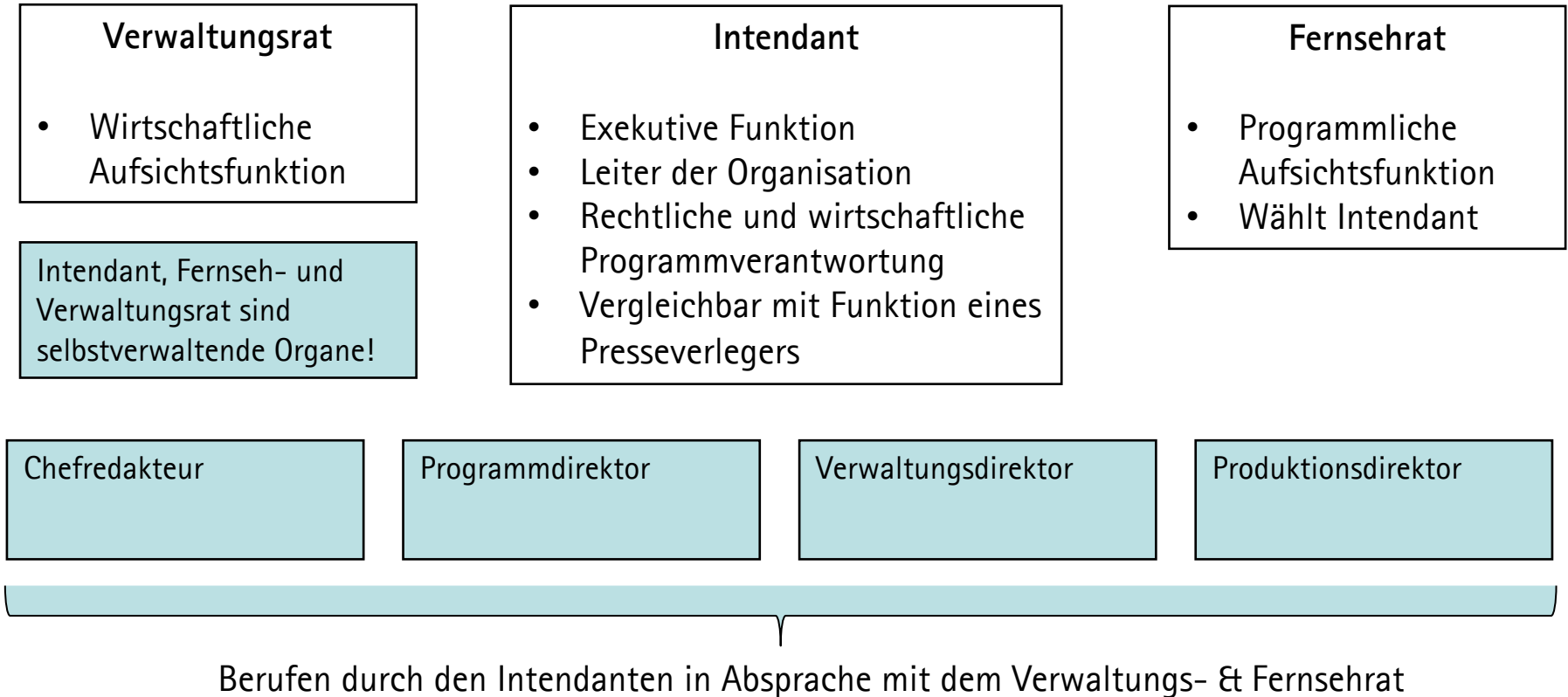
Struktur der ARD und Aufbau eines Rundfunkrates



Landesrundfunkrat

- 12 Mitglieder Verwaltungsrat
- 51 Mitglieder Rundfunkrat
 - Verbände
 - Parteien

Struktur und Aufbau ZDF incl. Fernsehrat



Mögliche Klausurfragen (Interessengruppen, Eliten und Medien)

- Welche der folgenden Aussagen zu den Inhalten der GGO der Bundesministerien sind richtig?
- Bitte erläutern Sie kurz die folgenden gängigen Abkürzungen für Interessenverbände (DGB etc.)
- Definieren Sie kurz Pluralismus/Korporatismus

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!